

Einmal Nazi, immer Nazi?

Wie kann Rassismus und anderen Ideologien der Ungleichheit die Grundlage entzogen werden? Ein Überblick über die verschiedenen Ansätze der Präventionsarbeit.

Im Mai 2023 berichtete *Die Zeit* über eine neue Entwicklung im Zusammenhang mit der 1998 bis 2011 existierenden rechtsterroristischen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU): Beate Zschäpe wolle aussteigen. Wie kommt es? Das NSU-Mitglied Zschäpe sitzt seit 2011 in Haft und eine Entlassung steht nicht in Aussicht. Voraussetzung für eine solche bedingte Entlassung auf Bewährung wäre die Teilnahme an einem Aussteiger:innenprogramm. Daher weht also der Wind. Im September 2023 lehnte das Aussteiger:innenprogramm Sachsen ihren Antrag allerdings mit der Begründung ab, dass es noch zu früh dafür sei. Die Frage, wann ein guter Zeitpunkt für einen Ausstieg wäre, wirkt hier allenfalls zynisch, denn Zschäpe will immer noch keine relevanten Aussagen zu den NSU-Morden machen. Abgesehen von diesem absurden Fall sind Ausstiege aus der rechten Szene – mit allen Konsequenzen – allerdings ein wichtiger Part der Präventionsarbeit.

Wie verbreitet Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft ist, zeigt ein Blick auf die Einstellungsforschung. In der SINUS-Studie, die 1980 in der BRD durchgeführt wurde,

zeigten 13 Prozent der Befragten ein „geschlossen rechtsextremes Weltbild“. Über 40 Jahre später sieht die Situation nicht besser aus. Die Ergebnisse der Universität Leipzig und der „Mitte-Studie“ der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung verdeutlichen, dass durchschnittlich zehn bis 15 Prozent der Deutschen rechtsextreme Einstellungen vertreten. Auch wenn diese Gruppe nicht allen Fragen zustimmt, sondern teils nur einzelnen Aspekten wie Chauvinismus, Sozialdarwinismus, der Befürwortung einer Diktatur, der Verharmlosung des Nationalsozialismus oder Antisemitismus und Rassismus. Im Jahr 2022 kam das Forschungsinstitut SORA in einer Studie für Österreich zu dem Ergebnis, dass die manifesten rechtsextremen Einstellungen zwar „nur“ bei zwei Prozent der Bevölkerung liegen, aber rund ein Viertel der Menschen in Österreich für einzelne rechtsextreme Aspekte empfänglich sind.

Es wird also deutlich, dass wir ein massives Problem mit Rechtsextremismus haben. Was dagegen getan werden kann, bringt die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung auf den Punkt: „Unter primärer Prävention wird also das Verhindern

problematischer Handlungsweisen im Vorfeld verstanden. Gelegentlich wird hierbei auch von universeller Prävention gesprochen. Das Ziel sekundärer Prävention hingegen ist es, eine Verstärkung bereits bestehender problematischer Einstellungen und Handlungsweisen zu verhindern, während in der tertiären Prävention auf bereits manifeste Handlungen reagiert wird.“^[1]

Zivilcourage fördern

Die Primärprävention will dem Rechtsextremismus quasi den Nährboden entziehen. Dazu finden Workshops oder Thementage in Schulen und Berufsschulen statt, wo Rechtsextremismus und andere Ideologien der Ungleichheit behandelt werden. In Österreich leistet eine Vielzahl nicht-staatlicher Träger politische Bildungsarbeit. Dazu zählen beispielsweise ZARA und queerconnexion oder das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) und das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC). Der Ablauf solcher Workshops ist meist ähnlich. Nach dem gemeinsamen Austausch über Erfahrungen mit Rassismus und anderen Diskriminierungsformen werden zunächst die eigenen Vorurteile reflektiert, um im Anschluss über Möglichkeiten für

^[1] www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/542889/primaerpraevention-im-kontext-rechtsextremismus



Zivilcourage zu sprechen. Neben der Sensibilisierung steht also Empowerment im Fokus politischer Bildung. Dazu schreibt das NDC: „Es geht uns nicht darum, handfeste Nazis zu bekehren. Wir fordern Zivilcourage jeder einzelnen Person heraus: Nur wer selbst aktiv wird, kann etwas verändern. Wir stärken soziale Kompetenzen wie Empathiefähigkeit und Solidarität, gerade mit Betroffenen von rechter Gewalt und bei Diskriminierung.“^[2]

Außerdem geht es in der Primärprävention darum, die Zusammenhänge zwischen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus oder Sozialdarwinismus zu erkennen. Politische Bildungsarbeit arbeitet dabei viel mit Selbstreflexion, also der Reflexion der eigenen Rolle in den gesellschaftlichen Zusammenhängen. Die Auseinandersetzung mit Vorurteilen soll zur Einsicht führen, dass wir in einer rassistischen und sexistischen Gesellschaft leben. Diesem Problem versucht das NDC durch Einsatz von Multiplikator:innen zu begegnen. Speziell geschulte junge

Menschen geben also Workshops für ihre Altergenoss:innen. Gleichzeitig bietet sich Jugendlichen und jungen Erwachsenen so die Möglichkeit, politisch aktiv zu werden und Zivilcourage zu zeigen. Für politische Bildner:innen ist es aber immer ein Balanceakt, einen Raum aufzumachen, in dem über Rassismus gesprochen werden kann, ohne ihn zu reproduzieren.

Haltung zeigen

Mit diesem Balanceakt hat auch die Sekundärprävention zu kämpfen. Gefragt sind in diesem Feld häufig Sozialarbeiter:innen, welche die Ausbreitung von Rechtsextremismus unter Jugendlichen verhindern sollen. Grundsätzlich ist Soziale Arbeit für solche Aufgaben prädestiniert, da hier eine Kommunikation auf Augenhöhe und der Respekt für das Individuum zentral sind. Wenn von Sekundärprävention gesprochen wird, dann meist im Zusammenhang mit der offenen Jugendarbeit. Diese findet in Jugendzentren statt, aber auch in Parks oder auf Plätzen. Das Grundprinzip der offenen Jugend-

arbeit ist der niederschwellige und freiwillige Zugang zu ihren Angeboten. Dass hier im Gegensatz zur Schule kein Zwang zum Lernen herrscht, macht es für viele leichter, die Angebote anzunehmen. Grundsätzlich sind Jugendliche mit eher rechtsextremen Einstellungen Zielgruppe der offenen Jugendarbeit.

Die soziale Arbeit mit tendenziell rechtsextremen Jugendlichen erntet aber nicht nur Beifall. Die Kritik an Maßnahmen der Sekundärprävention speist sich vor allem aus der negativen Erfahrung mit akzeptierender Sozialarbeit in der ehemaligen DDR. Eine Polemik, die in dem Zusammenhang immer wieder aufkommt, unterstellt den Sozialarbeiter:innen, „Glatzenpflege auf Staatskosten“ zu betreiben. Ein wichtiges Learning aus den 1990er Jahren betrifft die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Sekundärprävention von Rechtsextremismus. Ein ganz zentraler Punkt ist die Qualifikation der Sozialarbeiter:innen selbst. Sie müssen eine genaue Vorstellung davon haben, was auf sie zukommt und wie sie dem begegnen können.

^[2] www.netzwerk-courage.de/ueber-uns

Das betont auch das bundesweite Netzwerk Offene Jugendarbeit (boJA): „Eine akzeptierende Haltung gegenüber Jugendlichen einzunehmen bedeutet nicht, keine eigene politische Position zu haben. Ganz im Gegenteil ist es im Kontext von Extremismus sogar essentiell, diese zu bilden und auch zu vertreten.“ Damit einher geht auch der bereits angesprochene Balanceakt: Es soll eine Beziehung und ein Vertrauensverhältnis zu den Jugendlichen aufgebaut werden und sie sollen parallel mit ihren rechtsextremen Einstellungen konfrontiert werden. Diese Grenzziehung zwischen Person und Position nachvollziehbar zu begründen und konsequent durchzusetzen, ist eine der größten Herausforderungen für Menschen, die mit rechtsextremen Jugendlichen arbeiten.

Wie kann ein Ausstieg gelingen?

Die Frage, wie ein Ausstieg aus der rechten Szene gelingen kann, ist *die* Frage im Umgang mit Rechtsextremismus. Die sogenannte Tertiärprävention ist strenggenommen keine Prävention mehr, weil es nicht darum geht, eine Annäherung an den Rechtsextremismus zu verhindern, sondern den Rückzug aus der rechtsextremen Ideologie und dem entsprechenden Umfeld zu ermöglichen.

In dem Feld arbeiten neben zivilgesellschaftlichen Trägern auch staatliche Träger, zum Beispiel der Verfassungsschutz, Polizei- und Justizbehörden oder Ministerien. Allerdings gilt es zu bedenken, dass die Hemmschwelle für Rechtsextreme, mit dem Verfassungsschutz oder anderen Staatsorganen zu kooperieren, viel höher ist als mit einem zivilgesellschaftlichen Träger. In Österreich gibt es seit fast zehn Jahren die Beratungsstelle Extremismus, die potentiellen Aussteiger:innen dabei hilft, ihre Ideologie zu überwinden und neue Perspektiven im Leben zu finden.^[3] Daneben sind rechtliche Fragen und Fragen der Sicherheit virulent, also Umzüge, Namensände-



rungen oder Aussagen bei der Polizei. Sobald das rechtsextreme Umfeld einmal verlassen wurde, beginnt der lange und zähe Ausstieg aus der rechtsextremen Ideologie.

Prinzipiell ist ein Ausstieg als positiv zu bewerten, immerhin unterstützen Aussteiger:innenprogramme Menschen, die nicht mehr Täter sein wollen. Viele antifaschistische Organisationen sind dennoch skeptisch. Im Kern dreht sich die Kritik um die Frage, wann ein Ausstieg als gelungen bezeichnet werden kann. Das *Antifainfoblatt* hält diesbezüglich einige Kriterien fest: „Ein Ausstieg bedeutet also, einen langen und schwierigen Prozess einer ideologischen Entwicklung durchzumachen, an dessen Ende nur die Konsequenz bleibt, sich selbstverständlich und konsequent gegen seine ehemaligen ‚Kameraden‘ zu stellen. Hierzu zählt auch, offen Position gegen die extreme Rechte zu beziehen, eine Auseinandersetzung über begangene Taten zu suchen und Wissen über die Neonazi-Szene antifaschistischen Initiativen zur Verfügung zu stellen.“^[4]

Insgesamt ist Präventionsarbeit eine ebenso wichtige wie nervenzehrende Tätigkeit. Politische Bildner:innen und Sozialarbeiter:innen geraten dabei nicht selten an ihre persönlichen Grenzen. Gleichzeitig ist sie eine Tätigkeit mit dem klaren Ziel, Rechtsextremismus auf allen Ebenen entgegenzutreten. Das Ansuchen Beate Zschäpes, in ein Aussteiger:innenprogramm aufgenommen zu werden, tendiert dazu, diese wichtige Arbeit zu diskreditieren. Denn solange sie kein umfassendes Geständnis ablegt und sich nicht aktiv an der Aufklärung des rechten Terrors beteiligt, wirkt ihr Ansuchen unglaubwürdig. Der Fall zeigt, wie wichtig es ist, dass Präventionsarbeit sich nicht als Feigenblatt für die justizielle Aufarbeitung von rechtem Terror oder Gewalt hergibt. Letztlich braucht Rechtsextremismus-Prävention einen langen Atem und vor allem eine stabile Förderung durch die Politik und darf nicht als „Feuerwehr“ in brenzligen Situationen missbraucht werden. —

Philipp Moritz ist Zeithistoriker und Teil des Redaktionskollektivs von MALMOE. Er beschäftigt sich mit historischer Migrationsforschung und der Geschichte der Arbeiter:innenbewegung.

^[3] www.beratungsstelleextremismus.at

^[4] www.antifainfoblatt.de/aib74/aussteiger-rueckzieher-aufhoerer-austreter (Stand: 7. 3. 2023)